

Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

Einwendung von Herrn Dr. Peters gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014

Beschlussorgan

Rat

Gremium	Datum
Finanzausschuss (Hpl.-Sitzung)	12.04.2013
Rat (Hpl.-Sitzung)	30.04.2013

Beschluss:

Der Rat nimmt die Einwendung von Herrn Dr. Werner Peters gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014 zur Kenntnis und beschließt, sie zurückzuweisen.

Begründung

Mit der als Anlage beigefügten Einwendung verweist Herr Dr. Peters auf die Haushaltsbelastungen durch den Bau eines jüdischen Museums auf dem Rathausplatz und den Neubau des Historischen Archivs. Bezüglich des jüdischen Museums hält er eine Einbeziehung der Ausstellungsvorhaben in das Stadtmuseum bzw. das Römisch-Germanische Museum unter Berücksichtigung einer neuen Museumskonzeption für sinnvoller, der Neubau des Historischen Archivs sei verschiebbar, da die hierin unterzubringenden Dokumente noch über Jahre zur Restaurierung ausgelagert seien.

Vor dem Hintergrund der in der Einwendung enthaltenen Ausführungen werden folgende Anträge gestellt:

1. Die Planungen für ein Museum auf dem Rathausplatz werden sofort eingestellt und davon unabhängig die archäologische Zone realisiert. Über das Museum wird nach erfolgter Haushaltskonsolidierung befunden (2022).
2. Der Bau des neuen Stadtarchivs wird zurückgestellt, bis absehbar ist, wann ein erheblicher Teil der Dokumente wieder restauriert ist, so dass Bedarf für ihre Lagerung besteht.

Die Verwaltung nimmt zu den Anträgen wie folgt Stellung:

Der Rat der Stadt Köln hat die Verwaltung am 14.7.2011 mit der Errichtung einer archäologischen Zone mit Jüdischem Museum beauftragt vorbehaltlich einer Landesbezuschussung aus Städtebaufördermitteln in Höhe von 14,3 Mio. Euro; diese sind inzwischen bewilligt worden. Die Gesamtbaukosten sind von den Architekten Wandel Hoefer Lorch, Saarbrücken, mit rd. 51,8 Mio. Euro berechnet worden, der städtische Eigenanteil von 37,5 Mio. Euro ist etatisiert, sodass die Finanzierung des Projekts gesichert ist. Gegenwärtig gibt es keine belastbaren Erkenntnisse zu Kostensteigerungen.

Architekten und Fachplaner erarbeiten derzeit die Ausführungsplanung. Parallel wird die Möglichkeit einer denkmalgerechteren Statik gutachterlich geprüft. Das geschieht aufgrund einer Auflage im Förderbescheid über die Städtebaufördermittel. Das Land NRW wie die Stadt Köln wollen alles versuchen, die durch die Gründung des Jüdischen Museums erforderlichen Störungen der archäologischen Befunde so gering wie möglich zu halten.

Die Realisierung einer archäologischen Zone ohne Jüdisches Museum (oder dessen spätere Errichtung) führt zur Aufhebung der Ergebnisse des Architektenwettbewerbs von 2008, in der Folge zum Verlust der sog. A-Qualifizierung der Regionale 2010 und damit zum Verlust der Landesförderung von 14,3 Mio. Euro.

Bezüglich der Verschiebung des Neubaus des Historischen Archivs wird darauf hingewiesen, dass aus archivischer und konservatorischer Sicht die baldmögliche Errichtung eines Neubaus aus folgenden Gründen erforderlich ist:

Die (teilweise unentgeltliche) Nutzung von gesichertem, klimatisiertem Magazinraum in auswärtigen Archiven für das geborgene Kölner Archivgut läuft aus, bzw. ist bereits beendet. Insgesamt 30 Kilometer Kölner Archivgut waren in 20 sog. Asylarchiven ausgelagert. Derzeit nutzt das Historische Archiv noch 16 Asylarchive, jedoch ist auch diese Nutzung zeitlich begrenzt. Das Archivgut muss also nach Köln zurücktransportiert und hier gelagert werden. Dies geschieht im Restaurierungs- und Digitalisierungszentrum (RDZ) in Porz-Lind. Da auch dessen Kapazitäten (17 Regalkilometer) nicht ausreichen, wird schon jetzt die Anmietung von zusätzlichen Lagerflächen in einem anzumietenden, ebenfalls gesicherten und klimatisierten Magazinraum erforderlich, verbunden mit weiteren Kosten.

Die Erfassung von Archivgut findet notgedrungen dezentral in fünf Asylarchiven (Stadtarchiv Gelsenkirchen, Archiv des Liberalismus, Gummersbach, Landesarchiv NRW Abt. OWL, Detmold, Landesarchiv NRW Abt. W, Münster, Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn) statt. Hierfür müssen Archive und weitere Kräfte von Köln aus anreisen, was zu Reisekosten und verringerten Arbeitszeiten vor Ort

führt. Zur Durchführung der notwendigen konservatorischen Maßnahmen sind zusätzliche Transporte zwischen den Asylarchiven und dem RDZ Porz-Lind erforderlich, die mit Kosten und Transportrisiken verbunden sind.

Die Verteilung der Mitarbeiterschaft auf gegenwärtig insgesamt acht Standorte (Heumarkt, RDZ, Technisches Zentrum Hubertusburg des Sächsischen Staatsarchivs, Wermsdorf, Stadtarchiv Gelsenkirchen, Archiv des Liberalismus, Gummersbach, Landesarchiv NRW Abt. OWL, Detmold, Landesarchiv NRW Abt. W, Münster, Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn) bringt beträchtliche Wegekosten und (Arbeits-)Zeitverluste mit sich. Zusätzlich entstehen durch die Arbeit an verschiedenen Standorten beträchtliche Mietaufwendungen, die bis zum Bezug des Neubaus weiter ansteigen werden.

Darüber hinaus verlangen die Kölner Bürger nach der Nutzung ihres Archivgutes vor Ort in Köln. Dies wurde zuletzt am Tag der Offenen Tür am 17. März 2013 im RDZ in Porz-Lind mit 1.200 Besuchern deutlich. Archivgutnutzung ist mit einer dezentralen Unterbringung des Archivgutes nicht vereinbar.

Zusammenfassend kann aus Sicht der Verwaltung festgestellt werden, dass eine Umsetzung der Anträge aus den o. a. Gründen nicht erfolgen sollte.

Die Einwendungen sollten zurück gewiesen werden.

Anlagen